

Saale-Beitung.

Angaben

werden die Spaltenpreise oder drei
Raum mit 20 Wg., solche aus Halle mit
20 Wg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von welchen Raumpreisen
und allen Anzeigen-Erklärungen an-
genommen. Halbesche Seite 75 Wg.

Schleier möglichst frühzeitig,
Samstags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Er Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 2,75 M., durch
postamtliche Zahlung 3 M., ansehl. Zustellungs-
gebühren. Zusendungen werden von allen
Gebühren befreit.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Die unentgeltlich eingehenden Manuskripte
mit keine Gewähr übernommen.
„Saale-Beitung“ gedruckt.
Verleger der Redaktion Nr. 1140:
Geschäftsstelle Nr. 170; Verlags-Geschäftsstelle
(Markt 24) Nr. 2206.

Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. 70.

Halle a. d. Saale, Montag, den 11. Februar

1907.

Die Niederlage der Sozialdemokratie.

Im sozialdemokratischen Lager hat eine lebhafteste Aus-
sichtsbereitungs über die Lehren der Reichstagswahl
begonnen. Das Selbstkenntnis ist aber bisher nicht zu
entdecken. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der
„Vorwärts“, beschäftigt sich zunächst mit polemischen Aus-
führungen gegen Galver und Bernheim, die wieder einmal
abweichende Anschauungen vertreten. Die „Saale-Volkszeitung“
abseits des Schimpfens und Wehring und seiner stark
moralisierenden Gefinnungsgeheimnisse, führt aus, daß die einzige
Wahrung der Wahlen an die deutsche Sozialdemokratie die
Konzentrierung ihrer Kräfte sein werde, um desto
effizienter und rüstiger auf den Weg fortzuschreiten,
die ihr die Weisung der Parteileitung von Dresden und Zena
vorgewiesen haben. „Auf die Sozialdemokratie“ — so jagt
das Leipziger Blatt — „macht ihre sogenannte Niederlage
keinen anderen Eindruck, als etwa das Springen einer
Eierkugel auf den in seine Wissenschaft vertieften Chemiker.
Mit einem Leisten Stürzen über den Widerstand
der Materie befaßt sie den Widerstand und fährt fort
zu arbeiten und zu kämpfen wie bisher.“ Mit dem
„letzen Stimmzettel“ dürfte die Sache schwerlich abgetan
sein. Auf dem nächsten Parteitag wird es sicherlich zu
schweren Auseinandersetzungen über die Ursachen der Nieder-
lage kommen und das Stimmzettel der Herren Wehring
und Wehring, auf deren Konto der Mißerfolg kommt, wird
dann nicht viel Einbruch machen. Edward Bernheim, der
ebenfalls sein Mandat verloren hat, geht bereits gegen die
höherer Führung mit anerkennendem Freimuth vor. Er
weist in den „Sozialistischen Monatsheften“ darauf hin, daß
der Kampf, d. h. das geistliche Ansehen der Partei fast
gänzlich habe und zwar infolge jener Kongresse, auf denen
die Partei sich als Kegergierd aufzuspielen schien, infolge
der journalistischen Verdächtigungskampagnen, die
das Gegenteil von der gepredigten Erhabenheit über die
bürgerliche Journalistik jutage treten ließen, und infolge
einer Art von Polemik, die selbst Leuten mit starken Nerven
schieflich merkwürdig wurde.

Daß der Nimbus der sozialdemokratischen Partei stark ge-
fallen hat, unterliegt keinem Zweifel. Die Wirkung ist vor
allen die, daß die Willkürer ruhig geworden sind und
in Massen abstrinken. Schon bei der Hauptwahl ließ sich
das beobachten. Die Sozialdemokratie legte alle Kräfte
daran, um bei den Stichwahlen noch zu retten, was zu
retten war. Gleichwohl zeigte sich in einer Reihe von
Wahlkreisen, und besonders auffällig in Berlin I, daß die
Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der Stichwahl
gegenüber der Hauptwahl erheblich verringert. Die
Erklärung liegt darin, daß jene Willkürer, die mit der
Partei gegangen sind, weil sie sich vom Nimbus des Er-
folgs blenden ließen, alsbald nach dem ersten Mißerfolg
abgewandert sind.

Die Stichwahlpolitik der Sozialdemokratie, die
Dr. David zurecht als „Sachanlage“ bezeichnet, trägt
nicht wenig dazu bei, das „geistliche Ansehen“ der Partei zu
schwächen. Nach den Hauptwahlergebnissen konnte man
eine freimütig demokratische Mandatsliste von 60 für
möglich halten, also einen Ausgleich der Kräfte für die
sozialdemokratischen Einflüsse. Daß die Wirklichkeit hinter
dieser Annahme zurückgeblieben ist, erklärt sich ausschließlich
durch sozialdemokratische Stichwahlentscheidungen, die einer-
seits aus Furcht, andererseits infolge kroyer Loseser Wahl-
geschickte getroffen worden sind. Und warum dieser be-
sondere Mangel? Ganz richtig weist die linksliberale
und ihre Gegenseite richtig auf die Unklarheit und
Eingebildetheit der Wähler hin. Der Liberalismus wurde ge-
rungen werden, kündigte Wehring zu Beginn der Wahl-
kampagne an. Da der entscheidende Liberalismus sich aber
mit Erfolg zur Wehr legte und sogar sozialdemokratisches
Terrain eroberte, war der sozialdemokratische Unfehlbar-
keitsdünkel verlegt, und nun benötigte man sich nicht
Weg mit den nichtschwerdigen Schwämmen und
Wahlminderungen des Gegners, sondern brachte es fertig,
einen Handel mit Zentrum und Bündlern abzu-
schließen. Wie haben sich die Sozialdemokraten noch vorher
ihre Prinzipienfestigkeit gerühmt! Wegen diese niedrigen
Wahlchancen hat sich der gesunde Sinn der
Wahlerschaft mit Erfolg betätigt und er hat sich namentlich
ausgewandt gegen den Terrorismus, gegen die ver-
fälschte Vermittlung und gegen den Anspruch, alles der
einen Partei dienbar zu machen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser empfing am Sonntag mittag im königl. Schloß
das Präsidium des Reichstages, in dem das Präsidium
des Abgeordnetenhauses. Im Besuche der ersten
Wahlens Wand sich der Kaiser erfreut über den Anlauf der
Wahlen an, ohne auf Einzelheiten einzugehen; in der Audienz
mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses erkundigte sich der
Kaiser nach dem Stande der Landtagsarbeiten. Danach wurden
die Präsidien nachdem von der Kaiserin empfangen.

Die entwendeten Briefe.

Der „Völk. Kurier“ führt in der Veröffentlichung von
Briefen des in Stoltenberg an seltener Stelle tätigen
Generalmajors Klein fort. Am 8. Januar 1907
schickte Generalmajor Klein an den Professor Gildhoff:
„Es ist von hier aus sofort alles abgelesen, um verheimlicht,
falls notwendig, Ihre Wahl zu fördern. Es war gefällig im

Kolats und habe Herr Wilso gesprochen und ihn darauf
aufmerksam gemacht, daß die Regierung die Güte
haben muß, dem Steuererträge Grade nach
links zu geben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß
die Konterpolitik und der Bund der Konterpolitik nicht
Sonderpolitik treiben. Wir haben auch von Ihnen ge-
sprochen, und hält an der Herr Wilso Seite für den
eigenen Namen, die heimliche Partei in dem nota-
riellen Schwurgericht hand zu erheben.

Am 15. Januar 1907 erhielt Professor Gildhoff folgendes
Schreiben vom Generalmajor Klein:
„Nach verschiedenen Rücksprachen mit Herr Gildhoff Nr. 77,
um man sich für Ihre Wahl warm interessiert, ist, um die
Sache praktisch zu gestalten, die amtliche Unterstützung
im Wahlkreise Senne-Nienstedt in jeder Weise sichergestellt.
Was den Wahlkreis Pangelnaha betrifft, so bedauere
ich und ebenso Wahlkreis Nr. 77 ausdrücklich — diese
Unterstützung aber ganz verhalten, — daß dort ein nationaler
Gegensatz da gegen Sie aufgetreten ist.“

Es geht daraus hervor, daß der Stoltenberg auch die Wahl
des Herrn Gildhoff zu parlamentarischer gewählt hat, wobei es
nicht klar ist, ob Gildhoff diese Wahlkreise angenommen hat oder
nicht. Jedenfalls erwidert dem Abg. Gildhoff daraus nicht der
niedrigste Vorwurf; denn es ist selbstverständlich, daß man Hilfe
annehmt, um man sie findet.

Wir betonen in diesem Zusammenhang, daß die Nationalen des Stoltenbergs
gegenüber dem Verhältnisse nicht die in diesem Wahlkreise
für den künftigen Ausgang der Wahlen in Mittel-
deutschland zu bestimmen können. Was unangelegentlich
wie der Stoltenberg in seinen Briefen verstanden ist, hat er sich
in seiner gesamten Wahlkampfarbeit gezeigt und ganz
offensichtlich der nationalen Partei mehr geschadet als
genützt hat. Die Nationalen Wahlkreise haben am besten abgekannten,
da sich die Unterstützung von jener Seite möglichst fern zu
halten genötigt haben. Gott sei Dank war das in den meisten
mitteldeutschen Wahlkreisen der Fall.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt zu dem Ver-
wecheln: „Überaus bedenklich ist ein Verwecheln ausfallen dem
Wahlkreiser Stern in Wehring und dem Vorstandsmittal des
Stoltenbergs, Generalmajor Klein. Herr Stern hat in seinem
Briefe empfohlen, daraufhin zu wirken, daß die Sozial-
demokratie bei den Stichwahlen, bei denen das Zentrum den
hintergegangenen neuen Plan, daß Herr Stern gegen das
Zentrum den Ausschlag gebe; die Sozialdemokratie werde wohl
nach der Niederlage bei der Hauptwahl zu Verhandlungen bereit
sein; es liege eine Ermüdung darin abgeben, daß die
Sozialdemokratie und die nationalen Parteien einander gegen-
über das Zentrum gegenständig unterstützen. General-
major Klein antwortete darauf, daß er schon in der
letzten Sitzung ein gewisses habe, daß aber die Stichwahl-
parole der Sozialdemokratie dem Plane entgegenstehe. Es
bedarf keines weiteren Wortes, daß wir einen derartigen Plan
für überaus bedauerlich und ungemehrs bedenklich
halten. Der Stoltenberg hat seinen Ansehen erheblich dadurch
gehandelt, daß er eine solche Möglichkeit überhaupt erörterte.
Dem Abwärtiger Stern hätte sofort mit unangelegentlich
Entschiedenheit gesagt werden müssen, daß irgend
welcher Pakt mit der Sozialdemokratie unmög-
lich sei. Wir müssen es zunächst dem Stoltenberg über-
lassen, welche Konsequenzen er aus dieser Veröffentlichung ziehen
wird. Daß er gewisse Konsequenzen ziehen muß, ist selbstver-
ständlich.“ — Danach scheint es zu einer neuen Kritik im Stolten-
bergs kommen zu sollen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung stellt in der Angelegen-
heit das Folgende fest:
1. Es sind für die Wahlbewegung kein erlet amtlich
Spons in Anspruch genommen worden, insbesondere hat
weder der Stoltenberg noch Herr Generalmajor Klein persön-
liche Zuwendungen an solchen Fonds für Wohltätigkeit erhalten.
2. Von privater Seite sind zur Unterstützung regerungs-
freundlicher Kandidaturen Mittel aufgebracht worden, bei deren
Verwendung in dankenswerter Weise auch mehrfach der Nat
amtlicher Stellen eingeholt und befolgt worden ist. Der Reichs-
kanzler war in der Lage, dem höchsten Salum in Aussicht zu
stellen, daß er sich für eine Vielzahl zu den Kosten des Wahl-
kampfes aus solchen privaten Mitteln unterstützen werde.
3. Herr Generalmajor Klein hat wie andere im Wahlkampf
betrovarende tätig gewesene Männer Gelegenheit gehabt, dem
Reichskanzler über den Fortgang seiner und des im nationalen
Stimme tätigen Stoltenbergs Arbeit zu berichten. Dabei hat er
auch naturgemäß der Veranschaulichung der Erhöhung
genau. An der Gestaltung dieser Vorfragen hat der Reichs-
kanzler so wenig wie die Reichskanzlei mitgewirkt, auch die
Äußerungen des Herrn Erbacher, bestellte Vorsitzende ist an diesen
Stellen vor ihrem Erscheinen nicht bekannt gewesen.

Der „Völkische Kurier“

Der „Völkische Kurier“ veröffentlicht eine Erklärung, in
der er nicht in erster Linie auf die schweren Vorwürfe entgegnet,
sondern sich über die Wirkung seiner Veröffentlichung bedreitet.
Demnach ist er empfindlich, daß der Stoltenberg in ein poli-
tisches Verbrechen verwickelt habe, daß er sich in der
Gegner des Zentrums in der Reichstagswahl und im Reichs-
kongress verhalten. Der Reichskanzler soll, so heißt es weiter,
„über sich kein über diese Veröffentlichung seiner unglücklichen
Wahlkampf.“ Mit weiteren Umständen wendet sich der
„Völkische Kurier“ gegen die Erklärung des Münchener
Reichstags-Beauftragten, der überlegen überlegen Briefe, um
interessiert mitzutellen, daß er sich nicht verteidigen werde
und auf das Gebiet der persönlichen Beschimpfung nicht folge.
Dies sagt derselbe „Völkische Kurier“, der auf diesen Gebiet
im Wahlkampf das Unglaubliche geleistet hat. Das Blatt
schreibt ferner, daß es, unter Beachtung der Berliner Dar-
stellung des Blattes, zu erklären, daß die Namen sind
durchaus lokale Briefe zu erwarten habe, die die werer Ent-
wicklung der Dinge betreffen werde. Er, der „Völkische
Kurier“, könne der Herrlichen Presse versichern, daß er das
Material in völlig einwandfreier Weise ausgeteilt erhalten habe.

Der nationale Reichstag!

Zur Frage der Wählung des Reichstagspräsidenten erhalten
wir folgende Zuschrift:

Kaiser und Minister sind sehr befaßt mit der Haltung der
Reichstagswahl. Jede Stunde nach dem 25. Januar und 5. Februar
für zum Ausdruck gebracht. Nach der Hauptwahl zitierte der
Kaiser das Wort: Wir haben Deutschland in den Händen ge-
legt. Warten wir es schon können. Nach der Stichwahl allerorts
das Wort: Warten wir es schon können, das hat allgemein beirridet,
das wirkt wohlweislich auf das deutsche Volk.

Gerade in dieser Zeit hören wir gern etwas vom Herrlichen
Wort. Wohl die größte Eigenschaft des widerständigen ersten
Reichstagskanzlers war die untrügliche Rücksicht seines Ange-
maßes; diese war die Waffe, welche wir in erster Linie seine
Erfolge verdanken. Möge sein Genie über uns wachen, damit
auch wir lernen, die Dinge zu nehmen, wie sie sich auf der
schicksaligen politischen Wege gemessen darbieten.
Der kommende Reichstag gibt ein anderes Bild, als man
erwartet hatte. Verschiedene Wehrheiten sind möglich. In An-
betracht des stark hervorgetretenen Liberalismus würde es nur
dem Volkswohlwille entsprechen, daß sich Rechte und Linien
ausgleichend seien.

Dies wäre am notwendigsten, als ihnen die Rücksicht abgelegt,
das Präsidium nach der Majorität zu wählen und das
Zentrum von vornherein auszuschließen, damit dürfte für diesen
Reichstag jeder Stimmzettel ausgeschlossen sein, und das ist not.
Es kann in der Presse nicht genug hervorgehoben werden, daß
Wahlkreise einer Partei, die heute dem in dem mit der Sozial-
demokratie arbeiten, dem Zentrum an sich, im Verhältnis
zum Zentrum muß bei jeder Gelegenheit, die sich
Angelegenheit werden, daß der Sieg über die Sozial-
demokratie ohne, ja gegen das Zentrum erfordert ist. Die
deutsche Wählererschaft würde es nicht verstehen, wenn die Wahl
nicht in diesem Sinne ausfiel; jetzt ist die Mehrheit vorhanden,
und die Wähler, der in diesem Sinne gewirkt hat, erwartet
von seinem Abgeordneten, daß er sein Versprechen, seine Ver-
pflichtungen am ersten Tage seiner Tätigkeit nach dieser Richtung
hin erfüllt.

Diejenige von den beiden Parteien, die diese Mehrheit unter-
stützt, wird der Überzeugung bei der nächsten Wahl nicht ent-
geben, denn die ganzen Wählerkreise arbeiten in der Partei gegen
Zentrum und Sozialdemokratie. Darum verlangen wir Wähler
vom 25. Januar und 5. Februar, daß die Reichstagswahl vom
13. Dezember 1906 am 19. Februar 1907 zur Ministerialpartei
herabgeführt wird, nur so kann einem Abgeordneten die Lust ver-
geben, auf Unzufriedenheiten gegen Wilso und Demburg zu tunen.
Wenn ganze Kolonnen von Reichstagsmitgliedern mit Schreiber und
Büchse die werten Klänge des Reichstags durchklingen, um jedem
alten Fied den Gewinn zu machen, dann schadet auch dies dazu,
das ein deutschnational eingetragene Männer die
Gesamtheit des so hart erlittenen Reichstags über-
nehmen.

Ammerdorf (Bez. Magdeburg), 10. Febr. 1907.
F. Pannke, Gen.-Vorsteher.

Die Annäherungsveruche des Zentrums

werden jetzt auch von dem Reichskanzler selbst zurückgewiesen
des Reichstages eines Generalmajors Klein, der das Zentrum
des Reichstages an den Reichskanzler gerichtet hatte,
hat Herr Wilso unter dem 7. Februar, wie schon hier
gemeldet, eine Antwort ergehen lassen. In der es heißt:
Ich möchte wohl feststellen, daß der vorläufig mit Erfolg
beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozial-
demokratie richtete. Das nationale Übergewicht hat vielmehr
durch den Versuch, gegen die Sozialdemokratie auch eine
parlamentarische Taktik zu ermitteln, durch deren Anwendung am
13. Dezember 1906 in der Reichstagswahl die Sozialdemokratie
niedergerichtet wurde. Es liege dem Geist der Nation
vertrauen, wenn man über dieses charakteristische
Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen
kann.

Die Versicherung, daß der Zentralvorschlag auch in der Zusam-
menkunft gegen die Sozialdemokratie zur Negation
stehen werde, habe ich gern entgegengenommen. Dabei ver-
traue ich auch fernhin auf die ausgleichenden Wirkungen
einer gewissenhaften und vollkommenen Sozial-
politik. Die große Vereinfachung, mit der die deutsche
Politik die Seiten ihrer Politik getragen hat, erkennen
schonlich an. Ich hoffe aber auch, daß mit den künftigen
Bemühungen der verschiedenen Regierungen zur Bildung
solcher Minderheiten und zur Wahrung der wirtschaftlichen
Gegenseite die wertvolle Unterstützung des Zentralvorschlags
nicht fehlen wird.

Die vollkommenste Hochachtung bin ich des verehrlichen
Direktoriums ergebener
Wilso.

Oberhofmarschall von Bülowsen in Weimar.

Oberhofmarschall von Bülowsen ist gestern morgen 5 Uhr
10 Minuten in Weimar gestorben. — Generalintendant Alms
von Bülowsen genannt Talowent bestellte die Stellen eines
Generaladjutanten und Oberhofmarschalls. Es entstammte einer
alten schwedischen Adelsfamilie und trat Mitte vorigen Jahres
auf dem Hofe des Königs in ein vereinfachtes Regiment ein.
Vorher durch die kaiserliche Kaiserin wurde er Kommandant des Groß-
herzoglichen Artillerie-Regiments. Seitdem brachte er es bis zum Ober-
hofmarschall. Er ist im Alter von 72 Jahren an schwerer Infarktion
gestorben. Verehelicht war er mit einer Frau von Wehring.
Ausgescheidete persönliche Beschlüsse hatte er zum Kaiser
sowie zum Reichskanzler. In der letzten Zeit machte er sich
hauptsächlich durch die Hofe-Kantinen und durch den Ort
von sich reden. Infolge seines plötzlichen Todes ist wieder ein
angeltart geblieben.

Die Münchener Allgemeine Zeitung.

Die Münchener Allgemeine Zeitung schreibt: Die Völkische
Deutscher und Reichstags-Beitung, d. h. hat mit dem Verlags-
inhabender August Schert ein Abkommen getroffen, auf
Grund dessen vom heutigen Tage ab der gesamte Verlagsbetrieb
der Völkischen Deutscher und Reichstags-Beitung an Schert über-
tragen wird.

